



**Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Abspaltung des  
Zwangsmassnahmengerichts vom Strafgericht**

(Vorlage Nr. 3295.1 - 16710)

Bericht und Antrag des Obergerichts  
vom 20. Mai 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Bericht und Antrag zur Motion der erweiterten Justizprüfungskommission (JPK) betreffend Abspaltung des Zwangsmassnahmengerichts (Vorlage Nr. 3295.1 - 16710), welche der Kantonsrat am 30. September 2021 an das Obergericht überwiesen hat.

Unsere Ausführungen gliedern sich wie folgt:

1. Die seit 1. Januar 2008 geltende Regelung
2. Zustandekommen dieser Zuständigkeit
3. Die Aufgaben des Zwangsmassnahmengerichts
4. Beurteilung der bisherigen Zuständigkeit
5. Ergebnis der ersten justizinternen Stellungnahmen
6. Erfolgreicher Kompromissversuch
7. Grundsätzliches Bedürfnis für eine Neuordnung und Beurteilung der Einwände
8. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen
9. Antrag des Obergerichts

**1. Die seit 1. Januar 2008 geltende Regelung**

Die heute geltende Schweizerische Strafprozessordnung sieht vor, dass ein Zwangsmassnahmengericht als eigenständiges und somit unabhängiges Gericht die ihm gemäss Gesetz zugewiesenen Befugnisse wahrzunehmen hat (vgl. Art. 13 lit. a StPO). Alles weitere, vor allem Wahl, Zusammensetzung und Organisation, haben die Kantone zu regeln (vgl. Art. 14 Abs. 1 und 2 StPO).

Heute wird im Kanton Zug die Funktion des Zwangsmassnahmengerichts von einer Einzelrichterin/einem Einzelrichter des Strafgerichts wahrgenommen. Diese Zuständigkeit wurde bereits mit der vom Kantonsrat am 25. Januar 2007 verabschiedeten Vorlage "Vorzeitige Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells in der Zuger Strafjustiz" geschaffen und blieb nach der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) per 1. Januar 2011 unverändert. § 33 Abs. 1 des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (GOG) lautet wie folgt:

**§ 33 Zwangsmassnahmengericht**

<sup>1</sup> Die Funktion des Zwangsmassnahmengerichts wird durch eine Einzelrichterin oder einen Einzelrichter des Strafgerichts wahrgenommen. Die Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten.

Diese Regelung bedeutet nun aber nicht, dass das Strafgericht zugleich Zwangsmassnahmengericht ist. Sie hält lediglich fest, dass das Zwangsmassnahmengericht im Kanton Zug –

gemäss einem Pikettplan – durch Richterinnen und Richter des Strafgerichts gebildet wird und dass dieses Gericht administrativ dem Strafgericht zugeordnet ist.

## **2. Zustandekommen dieser Zuständigkeit**

Im Bericht und Antrag vom 23. Mai 2006 zur vorzeitigen Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells in der Zuger Strafjustiz (Vorlage Nr. 1446.1 - 12071) führte das Obergericht unter der Überschrift "Organisatorische Modelle für das Zwangsmassnahmengericht" Folgendes aus (S. 8 f.):

"Die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells erfordert zwingend die gleichzeitige Einführung eines Haft- und Zwangsmassnahmengerichts (im Folgenden nur noch Haftgericht genannt). Ausgehend von der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der diesbezüglichen Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichts muss ein solches Haftgericht verschiedene Anforderungen hinsichtlich der Unabhängigkeit erfüllen.

Auf der Grundlage der Vorarbeiten und ausgehend vom Modell „Vollintegration“ ergaben sich für die Ausgestaltung des Haftgerichts im Kanton Zug grundsätzlich die folgenden drei konventions- und verfassungskonformen Modelle:

- **Strafgericht (SG):** Die Funktion der Haftrichterin bzw. des Haftrichters wird wechselweise durch ein Mitglied des SG ausgeübt. Dieses Mitglied des SG darf dann im gleichen Fall i.d.R. wegen Vorbefassung nicht mehr als Einzelrichterin bzw. Einzelrichter oder als Mitglied des Strafgerichts urteilen.
- **Kantonsgericht (KG):** Die Funktion der Haftrichterin bzw. des Haftrichters wird durch ein Mitglied oder mehrere Mitglieder des KG ausgeübt. Damit nimmt ein Zivilgericht die Funktion des Haftgerichts wahr; dies ist ein Modell, das sich auch in anderen Kantonen findet.
- **Verwaltungsgericht (VG):** Die Funktion der Haftrichterin bzw. des Haftrichters wird durch ein Mitglied oder mehrere Mitglieder des VG ausgeübt. Das VG ist heute schon Haftgericht in Ausländersachen im Sinne von Artikel 13c Absatz 2 ANAG.

Verworfen wurde auf Grund des im Kanton Zug zu kleinen Mengengerüsts (d.h. der zu kleinen Anzahl an Fällen von Haftanordnung und Haftüberprüfung) und der fehlenden Attraktivität einer solchen Funktion die Schaffung eines Haftgerichts als neue, eigenständige Gerichtsbehörde. Damit würde einzig die Führungsspanne des Obergerichts aufgebläht.

Absprachen mit den Präsidien des Verwaltungsgerichts und des Kantonsgerichts haben gezeigt, dass eine Integration der Funktion des Haftgerichts in Strafsachen nur schwierig zu bewältigen wäre und innerhalb der betreffenden Gerichte auf Widerstand stossen würde. Gesamthaft betrachtet scheint die nun gewählte Lösung, diese Funktion dem neuen, erweiterten Strafgericht zuzuweisen, die beste zu sein."

Diesem Antrag vorausgegangen waren intensive Diskussionen zwischen den einzelnen Gerichten und deren Exponenten sowie innerhalb der ganzen "Zuger-Justiz". Dabei vertrat das Strafgericht bereits damals die Haltung, dass eine Ansiedlung des Zwangsmassnahmengerichts bei derjenigen Instanz, welche gleichzeitig auch für die materielle Fallbearbeitung zuständig ist, aus verschiedenen Gründen als äusserst problematisch angesehen werden müsse.

Im Rahmen der Beratungen der Vorlage in der erweiterten JPK und im Kantonsrat (erste Lesung vom 26. Oktober 2006 und Schlussabstimmung am 25. Januar 2007) wurde diese Zuständigkeit – soweit ersichtlich – dann aber nicht mehr weiter thematisiert.

Somit nehmen die vier Mitglieder des Strafgerichts seit über 14 Jahren nicht nur die Rolle des erstinstanzlichen Gerichts gemäss Art. 19 StPO (und des Jugendgerichts nach Art. 7 Abs. 1 lit. b JStPO) wahr, sondern sie bilden fallbezogen auch ein eigenständiges Zwangsmassnahmengericht.

### **3. Die Aufgaben des Zwangsmassnahmengerichts**

Gemäss Art. 18 Abs. 1 StPO ist das Zwangsmassnahmengericht zuständig für die Anordnung der Untersuchungs- und der Sicherheitshaft und, soweit in diesem Gesetz vorgesehen, für die Anordnung oder Genehmigung weiterer Zwangsmassnahmen (Zusicherung der Anonymität, stationäre Begutachtung, Entscheid über Entsiegelungsgesuche, DNA-Massenuntersuchungen sowie Genehmigung geheimer Überwachungsmassnahmen).

Die sich aus dem der StPO zugrunde liegenden Strafverfolgungsmodell ergebende starke Stellung der Staatsanwaltschaft bedurfte klarer Gegengewichte. Eines davon ist das Zwangsmassnahmengericht, das als teilweiser Ersatz für das – nach Aufhebung des früheren Untersuchungsrichtermodells – fehlende zweite Augenpaar im Vorverfahren wirkt. Entsprechend seiner Bedeutung ist es als eigenständige, unabhängige richterliche Instanz – nebst dem erstinstanzlichen Gericht, der Beschwerdeinstanz und dem Berufungsgericht – konzipiert. Es entscheidet sowohl im Vorverfahren der Staatsanwaltschaft wie auch im erstinstanzlichen Hauptverfahren über Zwangsmassnahmen (v.a. Anordnung und Fortbestand von Untersuchungs- und Sicherheitshaft, Anordnung weiterer Zwangs- und Überwachungsmassnahmen) sowie über Entsiegelungsgesuche.

Die Mitglieder des Zwangsmassnahmengerichts können im gleichen Fall nicht als Sachrichterinnen oder Sachrichter tätig sein (Art. 18 Abs. 2 StPO). Mit dieser gesetzlichen Regelung wurde eine klare personelle Trennung zwischen der Funktion als Zwangsmassnahmengericht und dem erstinstanzlichen Gericht geschaffen. Weitere Einschränkungen in organisatorischer Hinsicht bestehen nicht, sodass den Kantonen hinsichtlich der Organisation des Zwangsmassnahmengerichts grundsätzlich grosse Freiheit zusteht. Denkbar ist die Ausgestaltung als selbstständige Behörde oder die organisatorische Angliederung beim erstinstanzlichen Strafgericht, einem anderen erstinstanzlichen Gericht oder einem kantonalen Gericht der zweiten Instanz.

### **4. Beurteilung der bisherigen Zuständigkeit**

Bei der Einführung des Zwangsmassnahmengerichts und dessen Ansiedlung beim Strafgericht wurde mit einem zusätzlich notwendigen Bedarf von 0.35 Personaleinheiten gerechnet. Der in der Motion aufgelistete ungefähre Arbeitsaufwand des Zwangsmassnahmengerichts der letzten fünf Jahre zeigt auf, dass diese Schätzung recht gut war. Andererseits ist aber auch festzustellen, dass der zeitliche Aufwand starken Schwankungen unterliegt. Dies ergibt sich eindrücklich aus der Zusammenstellung, welche das Strafgericht im Rahmen seiner Stellungnahme darlegte (Jahr/Falleingänge: 2008: 81; 2009: 89; 2010: 64; 2011: 85; 2012: 107; 2013: 149; 2014: 187; 2015: 125; 2016: 74; 2017: 115; 2018: 151; 2019: 123; 2020: 94. Im Jahr 2021 waren schliesslich 116 Falleingänge zu verzeichnen).

Heute leisten die vier Mitglieder des Strafgerichts gemäss einem Pikettplan regelmässig und über das Jahr verteilt für rund drei Monate "Dienst als Zwangsmassnahmengericht". Während dieser Zeit kann es vorkommen, dass sie ihre Funktion als Einzelrichter bzw. Verfahrensleitung

oder Mitglied des erstinstanzlichen Kollegialgerichts zeitweise nur eingeschränkt wahrnehmen können (z.B. kein Ansetzen von ganz- oder mehrtägigen Verhandlungen).

Sodann kam es in der Vergangenheit bei grösseren und komplexeren Fällen bzw. bei Verfahren mit einer grösseren Anzahl beschuldigter Personen auch vor, dass in einer Sache aus verschiedenen Gründen (Ferienabwesenheit, Gleichzeitigkeit, Dringlichkeit, etc.) mehrere Mitglieder des Strafgerichts als Zwangsmassnahmengericht amten mussten. Diese Ausgangslage und auch weitere mögliche Ausstandsgründe führten in der Folge mehrmals dazu, dass bei der materiellen Beurteilung des Straffalles gezwungenermassen ein bis zwei Ersatzmitglieder beigezogen werden mussten. Zudem kam es auch schon dazu, dass ein grösserer Fall ausschliesslich von Ersatzmitgliedern geleitet und beurteilt werden musste.

Und schliesslich muss konstatiert werden, dass – nicht nur für Aussenstehende, sondern auch für die betroffenen Mitglieder des Strafgerichts – die personelle und räumliche Identität von erstinstanzlichem Gericht und Zwangsmassnahmengericht, auch wenn die einschränkende Vorgabe von Art. 18 Abs. 2 StPO stets eingehalten wurde, unter dem Aspekt der richterlichen Unabhängigkeit nicht unbedenklich ist, zumal diesbezüglich in den letzten Jahren eine erhöhte Sensibilität feststellbar ist. Die Prozessparteien – aber auch die breite Öffentlichkeit – müssen darauf vertrauen können, dass die Anordnung von oftmals sehr einschneidenden strafprozessualen Massnahmen von einem in jeder Hinsicht unabhängigen Gericht erfolgt.

Einzuräumen ist indessen auch, dass sich über die Jahre eine grosse Routine der Mitglieder des Strafgerichts entwickelt hat und das Zwangsmassnahmengericht – notabene unter Ausblendung der vorerwähnten Bedenken und Nachteile – zumindest aus justizinterner Sicht jederzeit ordnungsgemäss funktionierte.

## **5. Ergebnis der ersten justizinternen Stellungnahmen**

Das Verwaltungsgericht, das Kantonsgericht und das Strafgericht sowie die Staatsanwaltschaft wurden am 12. Oktober 2021 eingeladen, eine kurze und prägnante Stellungnahme zum Motionsanliegen einzureichen. Zudem wurden diese Behörden darüber informiert, dass sie - falls die Motion vom Kantonsrat erheblich erklärt werden sollte, im Rahmen der ggf. notwendigen gesetzlichen Anpassungs- und Umsetzungsarbeiten selbstverständlich wieder kontaktiert würden.

Die genannten Behörden legten dem Obergericht sodann fristgerecht und in unterschiedlicher Ausführlichkeit ihre – voraussehbar sehr unterschiedlichen – Sichtweisen dar.

### **5.1 Stellungnahme des Verwaltungsgerichts**

Das Verwaltungsgericht stellte in seiner umfassenden Stellungnahme vom 24. November 2021 einleitend klar, dass es aufgrund der Kleinheit des Kantons Zug bzw. der geringen Fallzahlen naheliege, ein bestehendes Gericht mit den Aufgaben des Zwangsmassnahmengerichts zu betrauen. Sodann wurde darauf hingewiesen, dass bereits im Rahmen der früheren Zuständigkeitsfestlegung festgehalten und weder damals noch nachfolgend in Frage gestellt worden sei, dass für das Verwaltungsgericht eine Integration des "Haftgerichts in Strafsachen" nur schwierig zu bewältigen wäre. Daran habe sich nichts geändert.

Zur Begründung wurde dargelegt, dass das Verwaltungsgericht im Rahmen seiner (zusätzlichen) Aufgabe "Überprüfung der ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen nach Art. 75 ff. des

Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG, SR 142.20)" den Entscheid innert 96 Stunden ab Inhaftierung zu treffen habe und hierfür – mit Ausnahme über gewisse Feiertage bzw. vor allem über die Festtage, d.h. maximal vier- bis fünfmal im Jahr – kein Pikett unterhalte. Von besonderem Know-how oder einer bereits gegebenen organisatorischen Eignung des Verwaltungsgerichts als Zwangsmassnahmengericht könne also keine Rede sein. Zudem unterscheide sich diese "ausländerrechtliche Aufgabe" (Administrativhaft als verwaltungsrechtliche Zwangsmassnahme) klar von den Aufgaben eines Zwangsmassnahmengerichts (strafrechtliche Haft). Zudem erklärte das Verwaltungsgericht seine Aufgaben im Bereich der Beschwerden gegen fürsorgerische Unterbringungen. Dabei wurde klargestellt, dass das Verwaltungsgericht für diese Aufgaben kein eigentliches Pikett zu unterhalten habe und sich diese Materie grundlegend von strafrechtlichen und strafprozessualen Fragestellungen unterscheide.

Als ausschlaggebend für eine sachgerechte Beurteilung der Motion erachtete das Verwaltungsgericht, dass es selbst gemäss § 55 Abs. 2 der Kantonsverfassung (KV) die oberste kantonale Gerichtsbehörde in Verwaltungssachen und das Obergericht demgegenüber gemäss § 54 Abs. 2 KV die oberste kantonale Gerichtsbehörde in Zivil- und Strafsachen sei (und überdies die Aufsicht über die gesamte Zivil- und Strafrechtspflege sowie über das Konkursamt und die Betreibungsämter ausübe). Nach Ansicht des Verwaltungsgerichts müsste daher zuerst sogar die KV geändert werden, wenn dem Verwaltungsgericht neu auch strafrechtliche Kompetenzen zugesprochen werden wollten.

Für das Verwaltungsgericht ergebe sich, dass bei seiner Einsetzung als Zwangsmassnahmengericht ganz grundsätzlich die erforderliche justizielle Unabhängigkeit als höchstes kantonales Gericht in Verwaltungssachen in Frage gestellt würde. Schon daher sei eine Einsetzung des Verwaltungsgerichts als Zwangsmassnahmengericht im Kanton Zug ausgeschlossen. Aufgrund der in Frage stehenden Alternativen komme – für den Fall, dass die Aufgaben des Zwangsmassnahmengerichts dem Strafgericht zukünftig nicht mehr übertragen werden und die Schaffung eines eigenständigen Zwangsmassnahmengerichts wirklich nicht in Frage kommen sollten – aus Sicht des Verwaltungsgerichts einzig die Übertragung der entsprechenden Aufgaben an das Kantonsgericht in Frage, beispielsweise durch eine Angliederung beim Kantonsgerichtspräsidium. Dass die Funktion der Hafrichterin bzw. des Hafrichters durch ein Mitglied oder mehrere Mitglieder eines Zivilgerichts ausgeübt werde, sei ein Modell, das sich auch in anderen Kantonen finde. Tatsächlich lägen die Aufgaben eines Zwangsmassnahmengerichts in vielen Kantonen bei erstinstanzlichen Zivil- und/oder Strafgerichten, bezeichnenderweise in keinem aber bei einem Verwaltungsgericht. Zudem sei das Kantonsgericht personell besser aufgestellt als das Verwaltungsgericht. Für das Verwaltungsgericht würde die Übernahme der Aufgaben eines Zwangsmassnahmengerichts organisatorisch und personell weit einschneidendere Umstellungen zur Folge haben als für das Kantonsgericht.

## 5.2 Stellungnahme des Kantonsgerichts

Das Kantonsgericht teilte in seiner kurzen Stellungnahme vom 3. November 2021 vorab mit, es sei klar der Ansicht, dass eine Angliederung des Zwangsmassnahmengerichts beim Kantonsgericht nicht sachgerecht sei. Zur Begründung wurde ausgeführt, dass (1) das Kantonsgericht kein entsprechendes Know-how habe, (2) eine solche Ansiedlung sachfremd und systemwidrig wäre (das Kantonsgericht sei ausschliesslich mit Zivilrecht befasst), (3) das Kantonsgericht – entgegen der Äusserung in der Motion – keinen Pikett-Dienst habe, (4) es keine (grosse) räumliche Distanz zwischen Kantonsgericht und Strafgericht gebe, (5) jedenfalls eine zusätzliche halbe Stelle erforderlich wäre und schliesslich (6) sich zehn Kantonsrichter ein zusätzliches Know-how erarbeiten müssten.

Weiter wurde angeregt, zu prüfen, ob (1) nicht eine Zusammenarbeit mit weiteren Kantonen zu suchen wäre, die das gleiche Problem hätten (Bündelung des Know-how), (2) eine separate "Organisation" geschaffen werden könnte, analog zur Schlichtungsbehörde Arbeitsrecht (Pikett-Rechtsanwälte, die dann einfach nicht mehr im Strafbereich tätig sein könnten) oder (3) mit organisatorischen Massnahmen das Zwangsmassnahmengericht auch (systemkonform) beim Strafgericht bleiben könnte (Gerichtsschreiber als Richter des Zwangsmassnahmengerichts im Nebenamt).

### 5.3 Stellungnahme des Strafgerichts

Das Strafgericht begrüsst in seiner Stellungnahme vom 15. November 2021 das Anliegen der Motion, welche die vorhandenen Probleme (namentlich die Ausstands-, Planbarkeits- und Unabhängigkeitsproblematik) umfassend und überzeugend darstelle, und sprach sich für deren Erheblicherklärung aus. Eine Abspaltung des Zwangsmassnahmengerichts sei sachlich geboten. Der Verlust des Know-how, welcher ggf. gegen eine Abspaltung spreche, sollte nicht allzu stark gewichtet werden, da die Verfahren des Zwangsmassnahmengerichts in rechtlicher Hinsicht in aller Regel nicht besonders komplex seien, sondern sich auf wenige Rechtsfragen beschränkten. Hinzu komme, dass es beim Strafgericht in den vergangenen Jahren personelle Wechsel gegeben habe und die "neuen Mitglieder" sich das erforderliche Know-how im Rahmen der spezifischen Fallbearbeitung ohne weiteres hätten aneignen können. Zudem könne ein Know-how-Transfer mittels Zugänglichmachens der alten Verfahren an ein neues Zwangsmassnahmengericht jedenfalls technisch umgesetzt werden.

Überdies teilte das Strafgericht mit, dass es – in Übereinstimmung mit der Motion – für eine klare räumliche und persönliche Abspaltung des Zwangsmassnahmengerichts vom Strafgericht sei, da sich nur so die anzustrebende Unabhängigkeit und die vom Obergericht im Rechenschaftsbericht 2020 erwähnte "glaubwürdige Justiz" vollumfänglich umsetzen lasse. Ob die Angliederung des Zwangsmassnahmengerichts beim Kantonsgericht oder Verwaltungsgericht erfolgen solle, sei eine politische Frage, zu der sich das Strafgericht nicht äussere.

Schliesslich wies das Strafgericht noch darauf hin, dass – obwohl von der JPK in der Motion nicht befürwortet – die Schaffung eines selbständigen Zwangsmassnahmengerichts nicht a priori ausgeschlossen werden sollte.

### 5.4 Stellungnahme der Staatsanwaltschaft

In ihrem Schreiben vom 9. November 2021 hielt die Staatsanwaltschaft vorab fest, dass das Motionsanliegen vollumfänglich befürwortet werde. Dies in erster Linie aus rechtsstaatlichen Überlegungen (Gewährleistung der institutionellen und organisatorischen Unabhängigkeit; Vermeidung jeden Anscheins der Befangenheit bzw. der personellen, kollegialen Verbindungen zwischen dem Zwangsmassnahmengericht und dem Strafgericht).

Schliesslich wurde auch dargelegt, dass die Staatsanwaltschaft die Variante einer Ansiedelung des Zwangsmassnahmengerichts beim Verwaltungsgericht favorisiere. So verfüge dieses einerseits bereits über langjährige und einschlägige Erfahrung hinsichtlich Haftüberprüfungen. Andererseits dürften die Mitglieder des Verwaltungsgerichts dem Strafprozessrecht inhaltlich wohl näher stehen als die Mitglieder des Kantonsgerichts, gälten im Verwaltungsverfahren recht doch über weite Strecken dieselben Grundsätze wie im Strafprozessrecht (Offizialmaxime, Untersuchungsmaxime). Das Zivilprozessrecht sei demgegenüber, von einigen Ausnahmen abgesehen, der Dispositionsmaxime unterworfen. Zudem dürfte die Einarbeitungs- und

Übergangsphase für die Mitglieder des Verwaltungsgerichts aufgrund des bereits vorhandenen Know-how folglich substantiell kürzer ausfallen.

## **6. Erfolgreicher Kompromissversuch**

Nachdem die vorerwähnten Stellungnahmen des Kantonsgerichts und des Verwaltungsgerichts eine Ablehnung von Veränderungen aufzeigten bzw. keine Bereitschaft zu einer aktiven Mitgestaltung bei der in der Motion geforderten Neuansiedlung des Zwangsmassnahmengerichts erkennen liessen, wurde vorab das persönliche Gespräch mit den vollamtlichen Richtern des Verwaltungsgerichts gesucht. An einem Treffen vom 21. Februar 2022, bei welchem auch der Präsident des Strafgerichts zugegen war, wurde geklärt, dass das Zwangsmassnahmengericht ein eigenständiges Gericht ist und sich einzig die Frage stellt, aus welchen Personen dieses zu bilden und bei welchem Gericht dieses organisatorisch anzusiedeln ist.

Sodann stellten die Vertreter des Obergerichts im Rahmen dieser Besprechung auch klar, dass die gelegentlich geäusserte Ansicht, wonach das Zwangsmassnahmengericht auch als neu geschaffenes, völlig eigenständiges Gericht konzipiert werden könnte, vom Motionsanliegen nicht mitumfasst sei. Zudem sei das Mengengerüst des Kantons Zug für eine solche Lösung viel zu klein, stellten sich diesfalls auch Geheimhaltungsprobleme und wäre mit erheblichen zusätzlichen Kosten zu rechnen.

Nachdem sich im Rahmen des erwähnten Gesprächs als allfällige Kompromissvariante die Möglichkeit der künftigen Besetzung des Zwangsmassnahmengerichts durch je zwei (oder drei) Richter des Verwaltungsgerichts und Kantonsgerichts ergeben hatte, wurde das Kantonsgericht am 1. März 2022 eingeladen, dazu kurz Stellung zu nehmen. In der entsprechenden Antwort vom 10. März 2022 äusserte das Kantonsgericht "als Zivilinstanz seine fundamentalen Bedenken" betreffend (einer auch nur teilweisen) Ansiedlung des Zwangsmassnahmengerichts beim Kantonsgericht. Eine solche komme nicht in Frage. Das Zwangsmassnahmengericht sei beim Strafgericht am richtigen Ort und funktioniere im Alltag gut. Abschliessend wurde festgehalten, dass es sich folglich erübrige, eine Besprechung mit den involvierten Gerichtspräsidien durchzuführen.

Auch das Verwaltungsgericht stellte sich auf entsprechende Nachfrage vom 6. April 2022 und in Kenntnis der vorerwähnten zweiten Stellungnahme des Kantonsgerichts in seiner Antwort vom 13. April 2022 zusammengefasst und im Wesentlichen neuerdings auf den Standpunkt, dass angesichts der Bedeutung des Zwangsmassnahmengerichts nur eine saubere (eigenständige) Lösung – mit einem unter Ausschluss der bereits vollamtlich tätigen Richterinnen und Richtern gewählten Präsidium und Vizepräsidium – in Frage komme oder aber das Zwangsmassnahmengericht beim Strafgericht – allenfalls unter einem leichten personellen Ausbau – belassen werden sollte.

## **7. Grundsätzliches Bedürfnis für eine Neuregelung und Beurteilung der Einwände**

Die wesentlichen Schwachpunkte der heutigen Zuständigkeitsregelung wurden in der Motion bereits zutreffend angeführt und das Anliegen einer Abspaltung des Zwangsmassnahmengerichts vom Strafgericht erscheint grundsätzlich durchaus berechtigt. Auch das Obergericht kam im Rahmen der Beurteilung des Rechenschaftsberichts des Strafgerichts für das Jahr 2020 zum Schluss, dass die heutige Lösung im Sinne einer glaubwürdigen Justiz ernsthaft überdacht werden sollte. Indessen gilt es auch klarzustellen, dass das Zwangsmassnahmengericht aktuell

nicht Teil des Strafgerichts ist bzw. von diesem gebildet wird, sondern dass die Einzelrichterinnen und Einzelrichter des Strafgerichts jeweils gemäss Pikettplan oder sonstiger Notwendigkeit diese Funktion einzelfallweise übernehmen. Somit müsste eher von einer Entflechtung denn einer Abspaltung gesprochen werden.

Weiter unterstützen sowohl das Strafgericht wie auch die Staatsanwaltschaft – und somit die zwei Instanzen, welche der aufgeworfenen Problematik personell und sachlich am nächsten stehen und von allfälligen Ausstands- und Glaubwürdigkeitsproblemen direkt in ihrer Arbeit betroffen sind – das Motionsanliegen uneingeschränkt.

Wie in der Motion zutreffend dargelegt, käme sowohl eine Ansiedelung des Zwangsmassnahmengerichts an das Verwaltungsgericht wie auch eine solche beim Kantonsgericht in Frage. Zutreffend sind sodann die Ausführungen des Strafgerichts, dass die vom Zwangsmassnahmengericht zu beurteilenden Fälle in aller Regel nicht sehr komplex sind, sondern sich auf eine oder zumindest nur wenige überschaubare Sach- und Rechtsfragen beschränken.

## 8. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Trotz Verständnis für das Motionsanliegen muss abschliessend festgestellt werden, dass die im Rahmen der Motion angestrebte "Abspaltung" bzw. Trennung des Zwangsmassnahmengerichts vom Strafgericht mit einer Neuangliederung entweder beim Verwaltungsgericht oder beim Kantonsgericht bzw. eine diesbezügliche sachgerechte Neuregelung an dem in den Vernehmlassungen geäusserten und danach im Rahmen des eingeleiteten Kompromissversuchs bestätigten Widerstand scheitern würde. Zudem würde im Falle eines "Kraftaktes" die gute Zusammenarbeit zwischen den Zuger Gerichten allenfalls zumindest vorübergehend gefährdet.

## 9. Antrag des Obergerichts

Angesichts der vorstehenden Ausführungen beantragt Ihnen das Obergericht,

die Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend "Abspaltung" des Zwangsmassnahmengerichts vom Strafgericht (Vorlage Nr. 3295.1 - 16710) **nicht erheblich zu erklären.**

Zug, 20. Mai 2022

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Obergericht des Kantons Zug

Der Präsident: Felix Ulrich

Die stv. Generalsekretärin: Fabienne Wiget